

<http://www.mmnews.de/index.php/politik/41036-eu-bargeld-verbot-ab..>

EU: Bargeld-Verbot ab 2018

01.04.2015

Die EU-Kommission plant ein generelles Bargeldverbot ab 2018. Das geht aus internen Papieren in Brüssel hervor. Das Verbot wird begründet mit Geldwäsche und zunehmender Kriminalität. - Die Finanzminister der EU-Mitgliedsstaaten begrüßen die neue Regelung ausdrücklich.

Die EU will ab 2018 das Bargeld komplett abschaffen. Das geht aus internen Papieren hervor, die offenbar bereits von Kommissionspräsident Juncker abgesegnet worden sind.

Demnach soll das Bargeld in drei Jahren komplett abgeschafft werden. Bezahlt werden darf dann nur noch mit Kreditkarten oder sogenannten „Wallets“, wie sie bereits derzeit von einzelnen IT-Unternehmen angeboten werden („E-Cash“). Dies gilt auch für Minibeträge.

Der Vorstoß kam offenbar von der Bankenlobby. Die Finanzindustrie beklagt schon seit langem, dass die Bereitstellung von Bargeld mit erheblichen Kosten verbunden sei.

Laut einer aktuellen Studie des [„Research Center for Financial Studies“](#) in Berlin mit dem Titel :“Cost of Cash“ unterschätzen viele Verbraucher die tatsächlichen Kosten des Bargelds. Der Report taxiert die volkswirtschaftliche Kosten für die Bargeldversorgung auf über acht Milliarden Euro jährlich. Insgesamt koste das in Deutschland so beliebte Bezahlen mit Scheinen und Münzen über 12,5 Milliarden Euro.

Die Analyse zeige, „dass Bargeld bei weitem nicht immer das kostengünstigste Zahlungsmittel“ sei, heißt es in der Untersuchung: „So liegen die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten des kartenbasierten Zahlungsverkehrssystems nur bei etwa 800 Millionen Euro und damit deutlich unter denen des Bargeldsystems.“

Brüssel verweist außerdem auf gute Erfahrungen mit bargeldlosem Zahlen in Schweden. Dort ist die Kriminalitätsrate um 10% gefallen. Raubüberfälle bei Banken und Privatpersonen sanken praktisch auf Null.

"Es ist schlicht inakzeptabel, dass Menschen zur Arbeit gehen und Angst vor Überfällen haben müssen" – argumentiert EU-Justizkommissarin Martine Reicherts. Außerdem gäbe es heutzutage kein Grund mehr, bar zu zahlen. „Das Bargeldverbot macht die EU sicherer. Niemand muss mehr Angst vor Raubüberfällen haben“ – so Reicherts. Außerdem würde mit einem solchen Verbot endlich der Geldwäsche Einhalt geboten.

Reicherts, offiziell EU-Chefin für Justiz, Grundrechte und Unionsbürgerschaft in Brüssel, geht davon aus, dass derzeit ca. 25% der Bargeldbestände schwarz sind. Geld, das nicht bei der Bank lagert, werde zu kriminellen Zwecken missbraucht, so die EU-Justizkommissarin. Drogenhandel, Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung seien erst durch Bargeld möglich. Deshalb sei es an der Zeit, hier nun einen Schlusstrich zu ziehen und Cash komplett zu verbieten.

Niemand müsse aber Angst um sein Ersparnis haben, so die EU-Justizkommission. Wer Bares „auf der hohen Kante“ habe oder ein Sparschwein könne sein Geld jederzeit bei einem Finanzinstitut

einzahlen. Natürlich müssen Betroffene dabei jedoch nachweisen, woher das Geld stammt. Wer über die Herkunft seiner Barreserven keine Angaben machen kann, dessen Geld wird eingezogen – so steht es im Kommissionsentwurf.

Als Stichtag für das Bargeldverbot gilt der 1. Januar 2018. Danach wird es laut EU keine Möglichkeit mehr geben, bar zu zahlen. Einzelhandel und Dienstleister machen sich ab diesem Zeitpunkt strafbar, wenn Sie Münzen und Scheine annehmen.

Die Finanzminister der EU-Mitgliedsstaaten begrüßten die neue Regelung ausdrücklich. Schätzungen zufolge zirkulieren derzeit ca. 100 Milliarden Euro Bargeld. Das meiste davon sei dem Steuerkreislauf entzogen. Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung oder Geldwäsche wären dann nicht mehr möglich.

Abschaffung + Bargeld



Abschaffung von Bargeld: Nur noch Fünf-Euro-Scheine für die Kunden?

Die Diskussion um die Abschaffung von Bargeld gewinnt an Fahrt. Die Finanzbranche sondiert Wege, um den Bank-Kunden den Fluchtweg gegen Strafzinsen für Sparguthaben abzuschneiden. Der neueste Vorschlag: Es sollen künftig nur noch 5-Dollar (Euro)-Scheine ausgegeben werden, um den Zahlungsverkehr bei kleinen Einkäufen zu erleichtern.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten | 25.04.15, 17:18 | 364 Kommentare



Schuldenkrise: Baader-Bank erwartet Abschaffung des Bargelds in Europa

Der Chef-Analyst der Baader Bank, Robert Halver, sieht als Folge der Einführung von Negativ-Zinsen die Abschaffung von Bargeld in zahlreichen europäischen Staaten. „Wenn Bargeld abgeschafft wird, kann sich auch niemand mehr gegen Negativ-Zinsen wehren, so Halver. Die Furcht der Regierenden vor einem Bank-Run ist groß.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten | 01.04.15, 11:25 | 113 Kommentare



Finanz-Konzerne wollen Abschaffung des Bargelds beschleunigen

Die Banken treiben die Verbreitung von kontaktlosen Geldkarten voran. Im deutschen Handel gibt es bereits 35.000 Karten-Lesegeräte, 300.000 weitere sind geplant. Die Banken halten die Technologie für „sicher, schnell und kostengünstig“. Die Bürger können sich dem Wandel zum elektronischen Zahlen nicht entziehen.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten | 23.01.14, 00:34 | [202 Kommentare](#)



Wegen Negativ-Zinsen: Schweizer Pensions-Kassen flüchten ins Bargeld

Die schweizerischen Pensionskassen wollen sich wegen der Negativ-Zinsen ihre Renten-Gelder von den Banken bar auszahlen zu lassen. Die Lagerung in Tresoren ist für die Pensionskassen billiger. Auch in Deutschland dürfte es bald Negativzinsen für größere Vermögen geben, die auch die Pensionskassen betreffen werden.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten | 01.04.15, 19:47 | [7 Kommentare](#)

US-Ökonom: Zentralbanken sollen Bargeld abschaffen

Der Harvard-Ökonom Kenneth Rogoff schlägt die vollständige Abschaffung von Bargeld vor. So könnten die Zentralbanken Negativ-Zinsen problemlos durchsetzen. Außerdem wären die Bürger dann gezwungen, jeden Cent den Finanzbehörden zu melden. Wegen der Schuldenkrise sind die Regierungen in aller Welt auf der Suche nach Refinanzierungs-Möglichkeiten.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten | 29.01.15, 19:23 | [156 Kommentare](#)

Sparer decken sich weltweit mit Bargeld ein

Seit der Euro-Einführung hat sich der Bargeld-Umlauf vervierfacht. Die Sparer vertrauen den Banken nicht und ziehen ihr Geld ab. Ein nicht unbeträchtlicher Teil wandert ins Ausland - ein Beleg, dass das Misstrauen in das System weltweit groß ist.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten | 30.10.14, 15:41 | [88 Kommentare](#)

Schweden schafft Bargeld ab: Notenbank warnt vor Chaos im Krisen-Fall

In Schweden treiben Banken und Handel die Abschaffung des Bargelds voran. Sogar Abba-Star Björn Ulvaeus soll helfen, dass Schweden die erste bargeldlose Nation wird. Doch die Notenbank

steigt auf die Bremse: Sie fordert vom Handel Not-Konzepte für eine Krise – wenn Kreditkarten und andere elektronische Zahlungsmittel nicht mehr funktionieren.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten | 23.02.14, 14:06 | 164 Kommentare

Straf-Zinsen für Sparer: Finanz-Eliten wollen Bargeld abschaffen

Die Niedrig-Zins-Politik der Zentralbanken ist gescheitert: Nun kursiert eine neue Idee, wie die Bürger gezwungen werden können, ihr Geld in den Konsum zu stecken: Die Zentral-Banken könnten Negativ-Zinsen einführen. Dies funktioniert nur in einer Gesellschaft ohne Bargeld. Der IWF fordert bereits seit Jahren die Abschaffung des Bargelds. Erste Staaten ergreifen Maßnahmen. In den USA hat nun Obama-Berater Larry Summers die neue Strategie angedeutet.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten | 28.01.14, 08:41 | 320 Kommentare

Lästig für die Banken: 80 Prozent zahlen mit Bargeld

Die EZB sagt, dass die Bedeutung des elektronischen Zahlungsverkehrs immer mehr zunimmt. Noch kämpfen die Zentralbanker jedoch mit der Tatsache, dass 80 Prozent der Transaktionen mit Bargeld erledigt werden. Die Banken machen Druck, denn sie wittern wieder einmal einen Wachstumsmarkt.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten | 02.09.13, 18:17 | 74 Kommentare

Reiche Rentner laufen Sturm gegen Bargeld-Verbot in Schweden

Die schwedischen Banken machen als erste ernst: Sie schaffen das Bargeld ab. Immer mehr Filialen bieten keine Bargeldauszahlung mehr an. Doch in Östermalm wehren sich nun gut betuchte Rentner gegen den Verlust der Freiheit, über das eigene Geld verfügen zu können.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten | 02.09.13, 18:26 | 220 Kommentare



Bargeldloses Zahlen treibt Jugendliche in die Schulden-Falle

Die Zahl der überschuldeten Jugendlichen steigt dramatisch an. Der Grund: Der Konsum kennt keine Grenzen. Über Online-Einkäufe und Kreditkarten können die jungen Leute alle Segnungen des Kommerz-Zeitalters zahlen. Wirklich leisten können sie sich die Dinge nicht.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten | 30.01.14, 18:06 | 10 Kommentare

Banker: Bargeld muss abgeschafft werden, um die Zivilisation zu retten

Im globalen Kampf gegen das Bargeld verschärft die Finanzindustrie das Tempo. Denn nur, wenn Geld elektronisch überwiesen wird, verdienen die Banken. Die Regierungen unterstützen den Kampf, weil die Finanzminister am liebsten jede einzelne Überweisung der Bürger überprüfen möchten.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten | 03.09.13, 11:57 | [115 Kommentare](#)

Straf-Gebühren: Banken wollen Sparguthaben vorerst nicht antasten

Noch wollen die Banken die Sparguthaben nicht mit Strafgebühren belegen. Die breite Front, an der jedoch Unternehmen nun belastet werden sollen, zeigt: Was vor wenigen Wochen noch undenkbar schien, kann schon bald zur Normalität werden. Die Politik von Mario Draghi zwingt die Sparer entweder zum Geldausgeben oder in riskante Investments.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten | 29.01.15, 19:02 | [29 Kommentare](#)

Die große Enteignung: Zehn Prozent „Schulden-Steuer“ auf alle Spar-Guthaben

Die große weltweite Enteignung wird konkret: Der Internationale Währungsfonds verlangt eine allgemeine „Schulden-Steuer“ in Höhe von 10 Prozent für jeden Haushalt in der Euro-Zone, der auch nur über geringe Ersparnisse verfügt. Das Geld soll für den Schulden-Dienst verwendet werden. Damit sollen die Forderungen der Banken befriedigt und das Schulden-System gerettet werden. Dieses Konzept habe sich bereits nach dem Ersten Weltkrieg in Europa bewährt. Der Vorstoß sollte jeden Sparer in höchste Alarm-Bereitschaft versetzen.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten | 29.12.13, 14:24 | [848 Kommentare](#)

Schweizer Politiker wollen 1.000 Franken-Schein abschaffen

Die Zahl der 1.000 Franken-Scheine ist im Vergleich zum Vorjahr um 11 Prozent gestiegen. Auch in der Schweiz ist eine Flucht ins Bargeld zu beobachten. Die Politiker wollen den Schein aber nun aus dem Verkehr ziehen. Sie sprechen von der Gefahr der Geldwäsche, meinen aber die Gefahr, nicht mehr über die Banken die Kontrolle über den Zahlungsverkehr der eigenen Bürger zu haben.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten | 02.09.13, 14:02 | [38 Kommentare](#)

Europa: Vorbereitungen zur Enteignung der Bank-Kunden haben begonnen

Die Schweiz hat als erstes Land in Europa Regeln festgelegt, wie die Banken die Sparer bei einer Pleite zu enteignen haben. Gleichzeitig laufen Bestrebungen, die Flucht ins Bargeld zu stoppen. Deutschland wird ebenfalls bald bekanntgeben, wie hoch die Zwangsabgabe für Bank-Kunden ausfällt. Erhöhte Wachsamkeit ist angebracht.

[Deutsche Wirtschafts Nachrichten](#) | 02.09.13, 16:32 | [203 Kommentare](#)



„Währungsreform“: EU will kleine Cent-Münzen vom Markt nehmen

EU-Währungskommissar Rehn will die Ein und Zwei Cent-Stücke aus dem Verkehr zu ziehen. Die EU will sich die Kosten für die Münzen sparen. Die Unternehmen dürften als Konsequenz alle Preise aufrunden. Für die Konsumenten wird im Gegenzug so ziemlich alles teurer.

[Deutsche Wirtschafts Nachrichten](#) | 14.05.13, 17:33 | [75 Kommentare](#)



EU gibt Banken neue Möglichkeiten zum Zugriff auf die Konten

Die EU-Kommission will, dass Bürger künftig überall unbegrenzt Bankkonten eröffnen. Diese Maßnahme dient vor allem den internationalen Großbanken: Sie haben effizientere Möglichkeiten, im Crash-Fall die Zwangsabgabe der Bank-Kunden europaweit einzuziehen.

[Deutsche Wirtschafts Nachrichten](#) | 09.05.13, 01:48 | [84 Kommentare](#)



Sparer zahlen Banken-Crash: Die große Enteignung kommt

Inhaber von Bank-Guthaben werden künftig bei Banken-Crashes rasiert. Still und leise hat die Politik den Schwarzen Peter an die Bürger weitergereicht und behauptet nun, es sei das Natürlichste der

Welt, dass man sich über die Bonität seiner Bank erkundigen müsse. Was für eine Frivolität! Wie soll denn der normale Anleger oder ein kleines Unternehmen herausfinden, wie stabil die Hausbank ist? Die EU plant die größte Enteignungs-Welle der jüngeren Geschichte.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten | 15.04.13, 07:48 | 256 Kommentare



EU bereitet Richtlinie für Blitz-Zugriff auf Bank-Konten vor

Um die Banken-Krise in Europa nicht im Crash münden zu lassen, werden Zwangs-Beteiligungen von Sparern und Einlegern künftig viel schneller exekutiert als in Zypern: Eine Banken-Rettung wird an einem einzigen Wochenende durchgezogen. Der Bank-Kunde sieht erst am Montagmorgen, dass sein Konto belastet wurde.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten | 09.04.13, 18:07 | 405 Kommentare